

Celler Erklärung: Klarmachen zum Ändern!

Seit es Piraten gibt, verbreiten sie frischen Wind in der Politik und den Parlamenten. Unsere Forderungen nach

- Transparenz der Politik
- weitreichenden Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger
- freiem Zugang zu Kultur und Informationen
- Chancengerechtigkeit in der Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
- dezentraler Energieversorgung in Bürgerhand

sind aktueller denn je.

Demokratie stärken

Das Jahr 2012 war gezeichnet von Affären und politischem Versagen der Parlamente. Ging es Anfang des Jahres noch um die „Affäre Wulff“, stehen derzeit die Nebenverdienste von Abgeordneten im Visier: Der Einfluss der Lobbyisten wird immer mehr zum Dauerthema, die Bürger fühlen sich von den Politikern nicht mehr vertreten. Die Macht verlagert sich aus den Parlamenten in multinationale Konzerne und Verwaltungen. Das systematische Vertuschen der Rolle des Verfassungsschutzes bei der rechtsextremen Terrorgruppe NSU zeigt in erschreckender Weise die fehlende demokratische Kontrolle über die Geheimdienste.

- Wir Piraten in Niedersachsen werden die Demokratie wieder stärken. Als ersten Schritt fordern wir ein Transparenzgesetz für Niedersachsen. (190)
- Um „Drehtür-Lobbyismus“ zu verhindern, fordern wir darüber hinaus eine dreijährige Karenzzeit für Politiker, die in die Wirtschaft wechseln wollen. (222)
- Statt Lobbyismus wollen wir mehr Einfluss für die Bürger, indem wir die direkte Demokratie stärken und Hürden für Volksbegehren und Volksabstimmungen abbauen. (25)
- Wir wollen den niedersächsischen Verfassungsschutz abschaffen, im Minimum einer deutlich stärkeren demokratischen Kontrolle unterwerfen. Demokratie braucht keine Geheimdienste. (63)

Die Demokratie ist noch auf manch andere Weise bedroht: Wir Piraten in Niedersachsen sehen mit großer Sorge, wie ESM und Schuldenbremse tief in die Souveränität der Parlamente und damit in den Kern der Demokratie eingreifen. Die systematische Schwächung der Kommunen in den letzten 15 Jahren hat die faktische Handlungsunfähigkeit vieler Städte und Gemeinden zur Folge. Neue Möglichkeiten der Überwachung – ACTA, IPRED, WhiteIT, Online-Durchsuchungen oder Vorratsdatenspeicherung – höhlen Privatsphäre und Rechtsstaat aus.

- Wir Piraten wollen die Position der Länder und Kommunen bei der Verteilung der Steuereinnahmen stärken.
- Ganz entschieden stellen wir uns gegen den Ausbau digitaler Kontrolle und Schnüffelei. Der Schutz der Privatsphäre ist unser Ansporn.
- Vermehrt nehmen Bürger ihre Dinge jetzt selbst in die Hand. Wir Piraten wollen für diese Menschen der Fuß in der Tür sein: Der parlamentarische Arm der neuen Bürgerbewegung für mehr Mitwirkung und gegen Bevormundung.

Den Weg in die Zukunft ebnen

Im Juni dieses Jahres scheiterte die Klimakonferenz RIO+20. Erneut wurden keine verbindlichen Maßnahmen und Fristen beschlossen:

- Wir Piraten in Niedersachsen setzen uns für die konsequente Dezentralisierung der Energieversorgung in Bürgerhand ein.
- Wir fordern ein Landesprogramm für die Unterstützung der Kommunen beim Rückkauf der Energienetze (78) und beim Ausbau der regenerativen Energien die Beteiligung von Anwohnern und Bürgern (81,82).
- Wir sprechen uns gegen die industrielle Tierproduktion aus und unterstützen verantwortungsbewusste und ressourcenschonende Landwirtschaft, die gesunde Produkte hervorbringt und den Landwirten ein faires Einkommen verschafft. (146)

Jede zukunftsorientierte Politik beginnt mit der schlichten Einsicht, dass in einer endlichen Welt nichts unendlich wachsen kann. Ressourcenknappheit, Klimawandel, sinkendes Bevölkerungswachstum signalisieren

das Ende des Zeitalters scheinbar unbegrenzten Wirtschaftswachstums. „Peak Oil“, der abzusehende Rückgang der globalen Ölförderung, wird auch die Menschen in Niedersachsen vor große Herausforderungen stellen. Erstmals seit Beginn der industriellen Revolution werden sich Bedarf und Angebot von Energie nicht mehr parallel sondern gegenläufig entwickeln.

- Wir brauchen einen neuen Wachstums- und Wohlstandsbegriff, in dessen Mittelpunkt nicht materielle Fülle steht, sondern die Fähigkeit der Menschen zu Gedeihen. Freiheit im 21. Jahrhundert bedeutet auch die Befreiung aus dem "stahlharten Gehäuse des Konsumismus".
- Wir fordern, die Auswirkungen des „Peak Oil“ auf Niedersachsen wissenschaftlich zu analysieren, um Risiken und Chancen zu identifizieren und rechtzeitig politische Strategien zu entwickeln. (102)

Jede Politik ist Sozialpolitik

In der öffentlichen Debatte wird Sozialpolitik oft gegen andere Politikbereiche ausgespielt. Kurzfristige betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte stehen im Vordergrund. Diese künstliche Trennung machen wir Piraten nicht mit: Im Zentrum allen politischen Handelns steht der Mensch und seine Lebensqualität.

Jede Politik ist Sozialpolitik. Wenn wir für offene Infrastrukturen wie Verkehrswege, Telekommunikationsnetze, sowie Energie- und Wasserversorgung eintreten, so entspricht dies nicht nur unseren Vorstellungen von Freiheit: Es sind auch zutiefst sozialpolitische Forderungen. Der ungehinderte Zugang zu Wasser, Luft, Strom, öffentlichen Straßen und Plätzen, Schulen, Universitäten und dem Internet entscheidet mit darüber, wer aktiv am gesellschaftlichen Leben, an Demokratie und Wirtschaft teilnehmen kann. Der Betrieb dieser Infrastrukturen ist Gemeinschaftsaufgabe und darf nicht gewinnorientierten Unternehmen überlassen werden. Wir treten für die Stärkung der Gemeingüter, der kooperativen und solidarischen Wirtschaftsformen ein.

Auch unsere Forderungen zur Stärkung der Demokratie sind Sozialpolitik, denn Freiheit und politische Teilhabe sind untrennbarer Bestandteil unserer Vorstellung von Wohlergehen.

- Darüber hinaus fordern wir einen branchenübergreifenden Mindestlohn, der sich an den von der OECD ermittelten Niedriglohngrenzen orientiert und derzeit bei 10,36 Euro liegt (318). Solange ein entsprechendes Bundesgesetz fehlt, soll dieser Mindestlohn Voraussetzung für die Bewerbung um öffentliche Aufträge sein. (262)
- Sozialunternehmen (AWO, Paritätische, Generationenhäuser) müssen finanziell besser gefördert werden um ihrer wachsenden Bedeutung für den solidarischen Zusammenhalt unserer Gesellschaft gerecht zu werden. (..)
- Die gesundheitliche Versorgung ist Teil der grundlegenden Daseinsvorsorge. Deshalb fordern wir die Rekommunalisierung der Krankenhäuser (90) und deren bessere Finanzierung. Der auf über eine Milliarde Euro gestiegene Investitionsstau muss schrittweise abgebaut werden. (243)
- Das Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ist eine der Grundpositionen der Piratenpartei, deshalb wollen wir Schritt für Schritt auf dem Weg zu einem Bedingungslosen Grundeinkommen vorankommen.

All dies zeigt: Die Fähigkeit der Altparteien und der aus ihnen hervorgegangenen Regierungen zur Problemlösung ist auf allen Ebenen erschöpft: Regional, national, europäisch und auch global.

Niedersachsen braucht uns Piraten.

In der Landespolitik angekommen sind wir schon lange.

Am 20. Januar werden wir auch in den Niedersächsischen Landtag einziehen.

Echte Demokratie jetzt.

Freiheit und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert.

Piraten in die Parlamente.